

Zukunft Soziale Marktwirtschaft



Policy Brief # 2015/06

Lohneinkommens- entwicklungen 2020

Bis 2020 steigen die durchschnittlichen realen Lohneinkommen der Beschäftigten in Deutschland, doch die Lohnschere geht weiter auseinander: Die Unterschiede zwischen den Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich steigen. Die Lohnunterschiede zwischen den Beziehern hoher und niedriger Löhne wachsen. Und die Unterschiede beim verfügbaren Haushaltseinkommen zwischen Haushalten mit und ohne Kinder nehmen zu. Die gesellschaftliche Debatte, was Arbeit im Allgemeinen und was spezifische Tätigkeiten wert sind, wird sich verschärfen. Die Politik und die Tarifparteien werden hierauf Antworten finden müssen.

Armando Garcia Schmidt
Programm
„Nachhaltig
Wirtschaften“

Telefon:
+49 5241 81-81543
E-Mail:
armando.garciaschmidt@bertelsmannstiftung.de

Dr. Thieß Petersen
Programm
„Nachhaltig
Wirtschaften“

Telefon:
+49 5241 81-81218
E-Mail:
thiess.petersen@bertelsmannstiftung.de

Dr. Michael Böhmer
Prognos AG

Telefon:
+49 89 954 1586-701
E-Mail:
michael.boehmer@prognos.com

Dr. Johannes Weisser
Prognos AG

Telefon:
+41 61 32 73 332
E-Mail:
johannes.weisser@prognos.de

Fokus

Veränderung der durchschnittlichen realen verfügbaren Einkommen je Erwerbstätigem nach Wirtschaftszweigen zwischen 2020 und 2012



Quelle: Bertelsmann Stiftung 2015

| BertelsmannStiftung

Zwischen 2012 und 2020 werden Beschäftigte in den kapital- und innovationsintensiven Branchen des verarbeitenden Gewerbes mit den größten realen Zuwächsen des verfügbaren Einkommens rechnen können. Die Anstiege im Dienstleistungsgewerbe fallen hingegen nur unterdurchschnittlich aus.

Deutschland hat aktuell eine historisch hohe Beschäftigungsquote und die Wirtschaft scheint auf günstigem Wachstumspfad. Dies unterscheidet Deutschland von etlichen Partnern in der OECD und der EU. Gleichwohl findet eine wirtschafts- und sozialpolitische Debatte statt, in der Verteilungsfragen eine immer größere Rolle spielen. Ungleichheit nimmt in Deutschland zu. Dies sagen nicht mehr nur die Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und Kirchen. Auch die OECD fordert für Deutschland ein *inklusive* Wachstum (OECD 2014).

Bereits in einer Studie aus dem Frühjahr 2015 konnte die Bertelsmann Stiftung zeigen, dass die Lohnungleichheit in Deutschland zwischen Mitte der 1990er Jahre und 2010 gestiegen ist. Mit Blick auf die Bruttolöhne der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten zeigten sich folgende Entwicklungen: Während die realen Bruttolöhne der 20 Prozent Beschäftigten mit den höchsten Löhnen zwischen 1992 und 2010 um rund 2,5 Prozent gestiegen sind, mussten die Beschäftigten am unteren Rand der Bruttolöhne eine Reallohnneinbuße in Höhe von fast zwei Prozent hinnehmen (vgl. Bertelsmann Stiftung 2015a, S. 9-11). Wird diese Entwicklung weitergehen?

Ausgangspunkt der Studie ist eine Vorausberechnung der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland auf Grundlage des makroökonomischen Weltwirtschaftsmodells VIEW der Prognos AG (vgl. Bertelsmann Stiftung 2015b, S. 11). Die wichtigsten gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen dieser Basisprognose bis zum Jahr 2020 sind Abb. 1 zu entnehmen.

1. Branchenspezifische Entwicklungen bis 2020

Die Wirtschaftsprognose liegt differenziert nach 21 Wirtschaftszweigen vor. Die für die Lohnentwicklung wichtigste Größe ist dabei die Veränderung der Produktivität je Erwerbstätigem. Wie Abb. 2 zu entnehmen ist, wird für alle Wirtschaftszweige ein Produktivitätszuwachs prognostiziert. Dabei ergeben sich jedoch erhebliche Unterschiede: Die Branchen, die bereits im Ausgangsjahr der Berechnungen die höchste Produktivität aufweisen, werden bis zum Jahr 2020 überdurchschnittliche hohe Produktivitätszuwächse verzeichnen können. Bei den fünf Branchen mit den höchsten prozentualen Zuwächsen handelt es sich

Abb. 1: Überblick über zentrale gesamtwirtschaftliche Kennzahlen 2012 und 2020 der Basisprognose (Euroangaben real, Basisjahr 2005)

Makroökonomischer Indikator	Wert 2012	Prognosewert 2020	Jährliche Veränderungsrate
reales BIP in Milliarden Euro	2.472	2.725	+ 1,2 %
reales BIP je Einwohner in Euro	30.174	33.517	+ 1,3 %
Erwerbstätige in Millionen	41,422	40,741	- 0,2 %
Erwerbslosenquote in Prozent	5,3	4,3	- 2,5 %
Arbeitsvolumen in Milliarden Euro	57,708	57,430	- 0,1 %
jährliche Arbeitszeit je Erwerbstätigem in Stunden	1.393	1.412	+ 0,2 %
Produktivität je Erwerbstätigem in Euro	54.378	60.406	+ 1,3 %

Quelle: Bertelsmann Stiftung 2015

Abb. 2: Veränderung der Produktivität je Erwerbstätigem in den fünf Wirtschaftszweigen mit den höchsten und den geringsten prozentualen Zuwächsen (Basisprognose), sortiert nach prozentualem Zuwachs, Eurobeträge gerundet und real, Basisjahr 2005

Wirtschaftszweig	Wert 2012	Prognosewert 2020	Prozentuale Veränderung zwischen 2020 und 2012
Elektroindustrie	106.780 €	130.700 €	+ 22,4 %
Chemie, Pharmazie	116.520 €	141.480 €	+ 21,4 %
Kraftwagen, sonstiger Fahrzeugbau	93.350 €	110.900 €	+ 18,8 %
Maschinenbau	70.250 €	82.070 €	+ 16,8 %
Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	62.800 €	73.080 €	+ 16,4 %
Durchschnitt aller Wirtschaftszweige	54.380 €	60.410 €	+ 11,1 %
Unternehmensnahe Dienstleistungen	44.580 €	48.510 €	+ 8,8 %
Baugewerbe	34.590 €	37.400 €	+ 8,1 %
Gesundheits- und Sozialwesen	37.690 €	40.140 €	+ 6,5 %
Erziehung, Unterricht	36.820 €	39.030 €	+ 6,0 %
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	41.560 €	43.420 €	+ 4,5 %

Quelle: Bertelsmann Stiftung 2015

| BertelsmannStiftung

ausschließlich um Sektoren aus dem verarbeitenden Gewerbe, die sich durch eine hohe Kapitalintensität auszeichnen.

Die Branchen mit den geringsten prozentualen Produktivitätsanstiegen sind überwiegend im Dienstleistungssektor angesiedelt. Diese Branchen zeichnen sich bereits im Ausgangsjahr 2012 durch eine unterdurchschnittliche Produktivität aus. Weil die prozentualen Produktivitätszuwächse zwischen 2012 und 2020 darüber hinaus auch unter dem Durchschnitt aller Wirtschaftszweige liegen, werden die absoluten Produktivitätsunterschiede bis 2020 größer. Generell zeigt sich, dass die Produktivitätsunterschiede zwischen dem verarbeitenden Gewerbe und dem Dienstleistungsbereich sowohl absolut als auch relativ betrachtet zunehmen. Diese Entwicklung wirkt sich auf die branchenspezifischen Lohnentwicklungen aus.

2. Bruttolöhne 2020

Die Entwicklung der Löhne hängt von zahlreichen Faktoren ab: dem Zusammenspiel von Arbeitsnachfrage und demografisch bedingtem Arbeitsangebot, der Verhandlungsstärke der Tarifpartner, gesetzlichen Rahmenbedingungen, um nur einige zu nennen. In der nachfolgend dargestellten branchenspezifischen Lohnentwicklung von 2012 bis 2020 gehen wir in der Basisprognose davon aus, dass die Veränderungsrate der realen Bruttostundenlöhne übereinstimmt mit der Veränderungsrate der Arbeitsproduktivität. Vor allem in der Zeit zu Beginn der 2000er Jahre war dies in Deutschland nicht der Fall. So nahm die reale Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunden zwischen 2003 und 2011 um rund 8,2 Prozent zu. Die realen Bruttostundenlöhne stagnierten im gleichen Zeitraum.

In jüngerer Vergangenheit ist eine Umkehrung dieser Tendenz feststellbar. Zwischen

2010 und 2013 stiegen die realen Bruttostundenlöhne um insgesamt vier Prozent. Die Arbeitsproduktivität nahm hingegen nur um drei Prozent zu. Mit Blick auf die kommenden Jahre kann daher davon ausgegangen werden, dass sich die Lohnzurückhaltung der Vergangenheit – also Lohnanstiege, die hinter den Produktivitätsanstiegen zurückbleiben – nicht fortsetzen wird. Zentraler Grund dafür ist die demografische Entwicklung, die zu einer Verringerung des Arbeitsangebots führt und die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer stärkt. Neben der Basisprognose, in der die Produktivitätsfortschritte in vollem Umfang an die Arbeitnehmer weitergegeben werden, berechnet die Langfassung der Studie auch die Folgen einer Unteraus-schöpfung (Lohnanstiege bleiben 25 Prozent hinter der Produktivitätsentwicklung zurück) und eine Überausschöpfung (Bruttolöhne steigen um 25 Prozent mehr als die Arbeitsproduktivität). Der zum 1. Januar 2015 eingeführte gesetzliche Mindestlohn ist den Szenarien berücksichtigt.

In allen skizzierten Szenarien steigen die realen Bruttolöhne bis zum Jahr 2020 in sämtlichen 21 Wirtschaftszweigen. Grund dafür ist die Tatsache, dass für alle Branchen Produktivitätsfortschritte berechnet wurden, die sich dann auch in höheren Bruttostundenlöhnen niederschlagen. In der Basisprognose wird für die gesamte Volkswirtschaft bis 2020 ein Anstieg des realen durchschnittlichen Bruttostundenlohns um 2,50 Euro berechnet. Da die Lohnentwicklung annahmegemäß an die Produktivitätsfortschritte in den Wirtschaftszweigen gekoppelt ist, ergeben sich erhebliche sektorale Unterschiede. So steigen im Sektor Chemie/Pharmazie sowie in der Elektroindustrie die realen Bruttostundenlöhne von 2012 bis 2020 um 6,50 Euro und in der Kfz-Industrie um 6,80 Euro. Dem gegenüber können die Dienstleistungsbranchen nur unterdurchschnittliche Lohnzu-

wächse verzeichnen. Am geringsten sind die realen Zuwächse im Gesundheits- und Sozialwesen (plus 1,10 Euro pro Stunde) sowie im Bereich Nahrungsmittel, Getränke und Tabak (plus 1,00 Euro pro Stunde).

3. Verfügbares Einkommen 2020

Entscheidend für die Einkommensentwicklung der Beschäftigten ist jedoch nicht der Bruttolohn, sondern das verfügbare Einkommen, also das Einkommen nach Abzug aller Steuern und Sozialabgaben sowie dem Erhalt von staatlichen Transferleistungen. Hierzu wird das Mikrosimulationsmodell des deutschen Steuer- und Transfersystems der Prognos verwendet. Die Datengrundlage des Mikrosimulationsmodells bildet das sozio-oekonomische Panel. Die Berechnung der verfügbaren Einkommen erfolgt gemäß der fortgeschriebenen Arbeitseinkommen und unter Konstanz der übrigen Einkunftsarten (vgl. für Details Bertelsmann Stiftung 2015b, S. 11-22).

In der Basisprognose errechnet sich daraus von 2012 bis 2020 für die gesamte Volkswirtschaft ein durchschnittlicher Anstieg des realen verfügbaren Jahreseinkommens von rund 2.200 Euro je Erwerbstätigem (siehe Fokusgrafik, S. 1). Die Branchenunterschiede sind auf die unterschiedlichen Produktivitätsentwicklungen zurückzuführen. So können die Beschäftigten in der chemischen und pharmazeutischen Industrie bis 2020 mit einer Zunahme des realen verfügbaren Einkommens je Erwerbstätigem um durchschnittlich 6.200 Euro im Jahr rechnen. Im Gesundheits- und Sozialwesen liegt der entsprechende Zuwachs lediglich bei 1.050 Euro, in der Nahrungsmittel-, Getränke- und Tabakindustrie bei

1.000 Euro. Im Ergebnis führen die Entwicklungen damit bis 2020 zu einem weiteren Auseinanderdriften der realen verfügbaren Einkommen zwischen den kapital- und innovationsintensiven Branchen des verarbeitenden Gewerbes und den meisten Dienstleistungssektoren.

Die zunehmende Schere bei den verfügbaren realen Einkommen zeigt sich auch, wenn die gesamte Arbeitsbevölkerung in fünf gleich große Einkommensgruppen (sogenannte Quintile bzw. Einkommensquintile) unterteilt wird. Das durchschnittliche verfügbare reale Einkommen der 20 Prozent Erwerbstätigen mit den geringsten verfügbaren Einkommen (das 1. Quintil) lag 2012 bei 7.200 Euro je Erwerbstätigem. Bis 2020 nimmt es um 750 Euro zu (siehe Abb. 3). Bei den 20 Prozent der Erwerbstätigen, die die höchsten verfügbaren Einkommen beziehen (das 5. Quintil), steigt das durchschnittliche Nettoarbeitseinkommen um 5.300 Euro je Erwerbstätigem. Absolut betrachtet berechnen wir somit bis 2020 eine weitere Spreizung der verfügbaren Einkommen in Deutschland.

Ursache für die Zunahme der absoluten Unterschiede zwischen den besonders gut

und den besonders wenig verdienenden Erwerbstätigen ist vor allem das geringe Ausgangsniveau des verfügbaren Einkommens im Jahr 2012. Auch ist zu bedenken, dass im untersten Einkommensquintil sehr viele Teilzeitbeschäftigte anzutreffen sind. Sofern diese Erwerbstätigen in einem Haushalt mit weiteren Einkommensbeziehern leben, ist zur Beurteilung der Einkommensverteilung das verfügbare Einkommen des gesamten Haushalts relevant.

4. Haushaltseinkommen 2020

Zur Analyse der Einkommensentwicklung auf der Ebene der Haushalte ziehen wir vier Haushaltstypen heran (siehe Abb. 4). Bis 2020 wird für alle Haushaltstypen eine Zunahme der realen verfügbaren Haushaltseinkommen berechnet. Absolut betrachtet ist der Zuwachs in Haushalten ohne Kinder größer als in Haushalten mit Kindern. Alleinerziehende partizipieren am wenigsten an den zu erwartenden Lohnzuwächsen. Hierfür gibt es zwei zentrale Ursachen: Zum einen wird bei Er-

Abb. 3: Veränderung der durchschnittlichen verfügbaren realen Einkommen je Erwerbstätigem nach Einkommensquintilen pro Jahr (Basisprognose), Eurobeträge gerundet

Einkommensquintil	Wert 2012	Prognosewert 2020	Absolute Veränderung
1. Quintil	7.200 €	7.950 €	750 €
2. Quintil	14.550 €	15.900 €	1.350 €
3. Quintil	20.450 €	22.200 €	1.750 €
4. Quintil	27.850 €	30.150 €	2.300 €
5. Quintil	54.700 €	60.000 €	5.300 €
Absolute Differenz zwischen 1. und 5. Quintil	47.500 €	52.050 €	4.550 €

Abb. 4: Veränderung der durchschnittlichen äquivalenzgewichteten realen Haushaltseinkommen in Haushalten mit mindestens einer erwerbstätigen Person (Basisprognose), Eurobeträge gerundet

Haushaltstyp	Wert 2012	Prognosewert 2020	Absolute Veränderung
Alleinstehende	24.800 €	26.800 €	2.000 €
Paare ohne Kinder	28.600 €	30.700 €	2.100 €
Alleinerziehende	17.850 €	19.150 €	1.300 €
Paare mit Kindern	22.250 €	23.900 €	1.650 €
Haushalte ohne Kinder	26.600 €	28.650 €	2.050 €
Haushalte mit Kindern	21.550 €	23.050 €	1.500 €
Alle	24.450 €	26.500 €	2.050 €

Quelle: Bertelsmann Stiftung 2015

| BertelsmannStiftung

werbstätigen mit Kindern das Arbeitseinkommen auch auf jene Haushaltsangehörigen verteilt, die keine Lohneinkommen erzielen. Für das durchschnittliche verfügbare Einkommen jedes einzelnen Haushaltsmitglieds bedeutet dies eine entsprechend geringere Zunahme des verfügbaren Einkommens. Zum anderen ist festzustellen, dass ein überdurchschnittlich hoher Anteil von Alleinerziehenden im Einzelhandel sowie im Gesundheits- und Sozialwesen beschäftigt ist. Beide Branchen zeichnen sich durch relativ geringe Zuwächse bei den Bruttolöhnen aus.

Im Ergebnis ist nach unseren Simulationsberechnungen damit zu rechnen, dass die Schere bezüglich der verfügbaren Einkommen zwischen Haushalten mit Kindern und kinderlosen Haushalten bis 2020 größer wird. Haushalte mit Kindern profitieren also in geringerem Maße von den Produktivitätsfortschritten der nächsten Jahre.

5. Fazit und Ausblick

Nach den hier skizzierten wirtschaftlichen Entwicklungen ist in Deutschland bis 2020

mit einer zunehmenden Spreizung der Einkommen zu rechnen – sowohl vor der Erhebung von Steuern und Abgaben (Bruttolöhne) als auch nach der Zahlung der staatlichen Abgaben sowie dem Erhalt von staatlichen Transferleistungen (Nettolöhne bzw. verfügbares Einkommen). Dieses Auseinanderdriften findet zwischen drei Personengruppen statt: Erstens zwischen den Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe und den Beschäftigten im Dienstleistungsbereich, zweitens zwischen den Beziehern hoher und niedriger Einkommen und drittens auf der Ebene der privaten Haushalte mit und ohne Kinder. Diese Entwicklungen ergeben sich unabhängig davon, ob die branchenspezifischen Produktivitätsfortschritte vollständig in höhere Bruttolöhne umgewandelt werden (die hier präsentierte Basisprognose) oder ob eine Lohnfindung angewendet wird, bei der Lohnanstiege von der Produktivitätsentwicklung abweichen (siehe dazu die Langfassung der Studie).

Ein Auseinanderdriften der reinen Markteinkommen ist dabei, wie der Sachverständigenrat zu Recht erläutert, zunächst nur eine Ergebnisgröße des Wirtschaftsprozesses (SVR 2014, S. 272). Driften jedoch nicht nur diese, sondern auch die zur Ver-

fügung stehenden Nettoeinkommen – aus denen sich die Handlungsmöglichkeiten und auch weitestgehend die gesellschaftlichen Teilhabechancen der Menschen ergeben – zwischen konkreten Gruppen spürbar auseinander, so wird diese Entwicklung zu einer gesamtgesellschaftlichen Herausforderung. Sie droht den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu schwächen und kann damit einen Nährboden für soziale Spannungen bieten. Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Studien, die zeigen, dass eine wachsende Einkommensungleichheit das Wirtschaftswachstum hemmt (vgl. Cingano 2014).

Sozialpartner und Politik müssen sich der Frage wachsender Ungleichheit in Deutschland stellen. Zunächst sind die Tarifpartner gefordert. Sie sind in der Sozialen Marktwirtschaft verantwortlich für die Lohnfindung. Da jedoch langfristig Lohnsteigerungen, die über den Produktivitätszuwächsen liegen, zu einem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit führen können und daher Arbeitsplatzverluste zur Folge haben können, sind den tariflichen Lohnsteigerungen Grenzen gesetzt. In diesem Fall ist es die Aufgabe des Staates, durch das Steuer- und Transfersystem eine Angleichung der Verteilung der verfügbaren Einkommen herbeizuführen. Schon heute stellt sich trotz des großen Umverteilungseffektes staatlicher Maßnahmen in Deutschland vielfach die Frage nach der Zielgenauigkeit (Bach/Grabka/Tomasch 2015, S. 155). Diese Frage wird sich zunehmendem Auseinanderdriften der Markteinkommen schärfer gestellt werden. Nötig werden könnten etwa eine stärkere Entlastung der niedrigen Lohneinkommen durch Senkungen der Steuer- und Abgabenlast, Freibeträge in der Sozialversicherung für Geringverdiener und ggf. zusätzliche Transferleistungen. Die jüngst vom Kabinett beschlossene Erhöhung des Entlastungsbetrags für Alleinerziehende kann als ein Schritt in diese Richtung verstanden

werden. Letztlich berührt die Beurteilung der drohenden zunehmenden Einkommensungleichheit auch die übergeordnete Frage, welchen Wert die Gesellschaft Arbeit allgemein und verschiedenen Tätigkeiten im Speziellen beimisst. Wenn die Gesellschaft etwa personennahen Dienstleistungen einen höheren Wert zuordnet als die Märkte dies tun, kann eine staatliche Korrektur des Marktergebnisses erforderlich sein. Spezielles Augenmerk sollte dabei auf solche Dienstleistungen gerichtet werden, die heute bereits zu den Mangelberufen zählen und deren Bedeutung in einer alternden Gesellschaft weiter zunehmen wird.

Literatur

- Bach, S./Grabka, M./Tomasch, E. „Steuer- und Transfersystem: Hohe Umverteilung vor allem über die Sozialversicherung“. DIW Wochenbericht 8/2015, S. 147-156, Berlin 2015.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Wachsende Lohnungleichheit in Deutschland: Welche Rolle spielt der internationale Handel? Gütersloh 2015a.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Lohneinkommensentwicklung 2020. Gütersloh 2015b.
- Cingano, F. “Trends in Income Inequality and its Impact on Economic Growth”. OECD Social, Employment and Migration Working Papers, No 163, Paris 2014.
- Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD). Deutschland. Den Vorsprung sichern: Inklusives Wachstum durch Wettbewerbsfähigkeit. Paris 2014.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR). Mehr Vertrauen in Marktprozesse: Jahresgutachten 2014/15. Wiesbaden 2014.

Policy Brief 2015/04: Arbeitsmobilität in Europa: Ausgleich wirtschaftlicher Ungleichgewichte?

Trotz teils anderer öffentlicher Wahrnehmung bewegt sich die Mobilität in der EU weiterhin auf einem vergleichsweise geringen Niveau. Auch die hohen Arbeitslosenquoten in den EU-Krisenländern haben bisher nur zu relativ geringer Auswanderung in wirtschaftlich stärkere Länder geführt. Der Hauptstrom führt weiterhin von Ost nach West. Als Lehre aus der Krise sollten Kommission und Mitgliedstaaten die vorhandenen Instrumente grenzübergreifender Arbeitsvermittlung optimieren und längerfristige Schritte zur Förderung der Arbeitsmobilität unternehmen.

Policy Brief 2015/05: Brexit – Mögliche wirtschaftliche Folgen eines britischen EU-Austritts

Falls das Vereinigte Königreich (UK) die EU im Jahr 2018 verlassen sollte, würde dies die Exporte des Landes reduzieren und Importe verteuern. Je nach Ausmaß der handelspolitischen Abschottung wäre das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner in UK im Jahr 2030 zwischen 0,6 und 3,0 Prozent geringer als bei einem Verbleib in der EU. Werden die Effekte der wirtschaftlichen Integration für Investitionen und Innovationen berücksichtigt, könnten die BIP-Einbußen auf bis zu 14 Prozent steigen. Hinzu kommen nicht absehbare politische Nachteile für die EU. Ein Brexit sollte daher vermieden werden.

V.i.S.d.P

Bertelsmann Stiftung
 Carl-Bertelsmann-Straße 256
 D-33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Dr. Thieß Petersen
 Telefon: +49 5241 81-81218
thiess.petersen@bertelsmann-stiftung.de

Eric Thode
 Telefon: +49 5241 81-81581
eric.thode@bertelsmann-stiftung.de

Demnächst erscheint:

- „Der Bedarf an Flexi- und Teilrenten ist groß – Arbeitsmarkt und Rentensystem besser verzahnen“